Beilage 4883

Nr. III 16 528 O a 3

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 27. November 1953

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung
des Gesetzes über den gerichtsärztlichen
Dienst

Beilagen:

1 Entwurf mit Begründung (3fach)

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 24. November 1953 unterbreite ich anliegend den vorbezeichneten Gesetzentwurf der Staatsregierung mit der Bitte um weitere verfassungsmäßige Behandlung.

Der Entwurf ist gleichzeitig dem Bayerischen Senat mit der Bitte um Kenntnissnahme und etwaige gutachtliche Stellungnahme zugeleitet worden.

(gez.) Dr. Ehard,
Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über den gerichtsärztlichen Dienst

Art. 1

Dem Gesetz über den gerichtsärztlichen Dienst vom 27. Juli 1950 (GVBl. S. 110) wird folgender § 3 a eingefügt:

„§ 3 a

Für die Tätigkeit der Landgerichtsärzte werden Gebühren zur Staatskasse nach einer vom Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Justiz und der Finanzen zu erlassenden Gebührenordnung erhoben.“

Art. 2

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1954 in Kraft.

Begründung

Das Gesetz über den gerichtsärztlichen Dienst vom 27. Juli 1950 (GVBl. S. 110) betrifft lediglich die Organisation des gerichtsärztlichen Dienstes und enthält keine Regelung über die Gebührenerhebung der Landgerichtsärzte für gerichtsärztliche Verrichtungen. Bei Schaffung des Gesetzes ist davon ausgegangen worden, daß die Verordnung über die Gebührenerhebung der Gesundheitsämter vom 28. März 1935 (RGBl. I S. 481), die auch Bestimmungen über Gebühren für gerichtsärztliche Verrichtungen enthält (vgl. § 1 Abs. 5) und in deren Tarif die Gebühren für gerichtsärztliche Verrichtungen festgelegt sind, auch für die Tätigkeit der Landgerichtsärzte nach dem Gesetz über den gerichtsärztlichen Dienst Anwendung finden kann. Diese Auffassung begegnet aber erheblichen rechtlichen Bedenken, da die Gerichtsärzte von den Gesundheitsämtern seit Erlaß des Gesetzes organisatorisch abgetrennt sind und neben den Gesundheitsämtern als selbständige Behörden bestehen. Die für die Gesundheitsämter bestehenden gebührenrechtlichen Bestimmungen gelten daher nicht ohne weiteres für die Verrichtungen der Landgerichtsärzte. Da es sich bei der Befugnis der Landgerichtsärzte, Gebühren nach Maßgabe eines bestimmten Tarifs zu erheben, um eine allgemein verbindliche Normierung handelt, ist es aus rechtsstaatlichen Gründen geboten, eine formell- und materiellrechtlich einwandfreie Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung der Landgerichtsärzte als selbständige Behörde zu schaffen.

Es ist ausreichend, durch Einfügen einer Gesetzesbestimmung in das Gesetz über den gerichtsärztlichen Dienst vom 27. Juli 1950 zu normieren, daß die Gerichtsärzte für die gerichtsärztlichen Verrichtungen Gebühren zu Gunsten der Staatskasse erheben. Die Einzelheiten der Gebührenerhebung und insbesondere der Gebührentarif, der beweglich gestaltet sein muß und auch Änderungen unterliegt, wird in einer Gebührenordnung des Staatsministeriums des Innern im Benehmen mit den beteiligten Staatsministerien der Justiz und der Finanzen geregelt, wie dies auch hinsichtlich der von den Gesundheitsämtern zu erhebenden Gebühren der Fall ist.